

Landtag von Baden-Württemberg – Drucksachen-Retrospektive

Mai 2020

In der Anlage enthält die Retrospektive eine Übersicht über die Drucksachen des Landtags von Baden-Württemberg im jeweiligen Zeitraum. Teilweise handelt es sich noch um unbeantwortete Anfragen.

Vorbemerkung/Hinweis: Die ersten Ausgaben der Drucksachen-Retrospektive wurden relativ zeitnah nach Erscheinen der Drucksachen bearbeitet. Aufgrund von Priorisierungen erfolgte die Bearbeitung dieser Ausgabe erst zum Ende der Sommerferien. Hierbei wurde festgestellt, dass verschiedene Links nicht mehr funktionieren. Eine Nachbearbeitung ist allerdings aufgrund des Aufwands nicht vorgesehen.

Zur Lösungsbehebung gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Die Drucksachenummer direkt im Parlamentarischen Dokumentationssystem suchen (<https://www.landtag-bw.de/home/dokumente/drucksachen.html>)
2. Den ursprünglichen Link am Ende *vor dem* „.pdf“ mit „_D“ ergänzen:
Beispiel aus der ersten Drucksache zur Eigentumskriminalität unten (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8069.pdf)
wird https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8069_D.pdf

Drucksache 16/8069

Die AfD erkundigt sich in der Anfrage nach der **Eigentumskriminalität entlang der französischen Grenze nach der Grenzschließung und der Corona-Maßnahmen.**

Mit Hinweis auf die Besonderheiten der PKS (u. a. Ausgangsstatistik) antwortet das Innenministerium eher ausweichend bzw. vorsichtig: *„Für das Jahr 2020 sind daher nur Trendaussagen möglich. In den ersten vier Monaten des Jahres 2020 zeichnen sich bislang für alle dargestellten Stadt- und Landkreise mit Ausnahme des Landkreises Karlsruhe bei den Diebstahlsdelikten insgesamt Rückgänge ab. Im Landkreis Karlsruhe deutet sich für das aktuelle Jahr 2020 ein leichter Anstieg der Fallzahlen an. Entsprechende Tendenzen sind für den Bereich des BSD zu verzeichnen, wohingegen sich in diesem Deliktsbereich zusätzlich zum Landkreis Karlsruhe auch im Landkreis Lörrach ein leichter Anstieg der Fallzahlen andeutet.“*

Drucksache 16/7872

Die FDP/DVP erkundigt sich nach der **Zukunft der Polizeihochschule am Standort Wertheim.** Das IM führt in der Antwort aus, dass der Standort Wertheim „*längerfristig*“ genutzt werden soll, zukünftige Planungen allerdings davon abhängen, „*welche Einstellungszahlen für die Polizei für die Jahre 2022 bis 2025 festgelegt werden*“. Der Standort sei aber „*in*

Bezug auf die bauliche, technische und personelle Ausstattung in jeder Hinsicht mit den anderen Ausbildungsstandorten der HfPolBW vergleichbar.“ Zur Sporthalle, die bekanntermaßen aktuell nicht nutzbar ist, schreibt das IM: „Derzeit werden die zur Vergabe der Bauleistungen notwendigen Ausschreibungsunterlagen vorbereitet. Alle für die Sanierung der Sporthalle erforderlichen Maßnahmen wurden auf den Weg gebracht. Die Finanzierung erfolgt unabhängig von der nächsten Landtagswahl in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Mittel über Kapitel 1208 Titel 715 17.“

Drucksache 16/7884

Wir haben bereits darüber berichtet, dass Start- und Landegebühen der Polizeihubschrauberstaffel am Flughafen Stuttgart exorbitant steigen sollen (siehe Beitrag auf der Webseite: <https://www.bdk.de/der-bdk/was-wir-tun/aktuelles/hubschrauberstaffel-start-und-landegebuhen-steigen-drastisch-keine-zusatzbelastung-fuer-polizei-oder-pp-einsatz>). Die SPD erkundigte sich nach den Hintergründen.

Hierzu führt das Verkehrsministerium aus, dass die Erhöhung durch ein EuGH-Urteil aus November 2019 notwendig wurde. Durchschnittlich wären bislang 5.000 Euro im Monat für Start- und Landung der Polizeihubschrauber angefallen, durch die umgesetzten Erhöhungen sind es zukünftig 40.000 Euro pro Monat. Das führt zur Mehrbelastung von 420.000 Euro p. A. für den Hubschrauberbetrieb.

Wir haben bereits in unserem Beitrag deutlich gemacht, dass dies nicht zu Lasten des bestehenden Haushalts des PP Einsatz gehen darf – aus der Antwort geht aber klar hervor, dass die Zusatzkosten nicht im Haushalt berücksichtigt worden sind und eine Kompensation wohl nicht vorgesehen ist („Die anfallenden Mehrkosten werden durch Minderausgaben beim Polizeipräsidium Einsatz gedeckt.“). Selbst bei einem skizzierten Entgegenkommen der Flughafen Stuttgart GmbH bleiben Mehrkosten von ca. 180.000 Euro p. A. übrig. Das ist kein Weg, der unsere Unterstützung findet.

Auf die **Drucksachen 16/7952 und 16/8148 zum Themenkomplex Mobiles Arbeiten und Home Office** möchten wir an dieser Stelle nur hinweisen. Während das Thema immer noch viel zu stiefmütterlich innerhalb der Polizei behandelt wird, sind andere Teile der Behördenlandschaft bereits deutlich weiter – was exemplarisch an diesem Antwort-Satz aus der Drucksache 7952 herausgelesen werden kann: „Der überwiegende Teil des Personals in den Ministerien und den obersten Landesbehörden ist mit Notebooks und VPN-Zugängen ausgestattet und ist somit in der Lage, im Home-Office zu arbeiten.“

Das bestätigt uns als BDK BW darin, frühzeitig eine **AG „Corona“** zu diesem Themenkomplex eingesetzt zu haben, deren Ergebnisse zum Erstellungszeitpunkt dieser Übersicht bereits an die Polizeipräsidien umgesetzt worden ist.

Drucksache 16/8190

Die CDU erkundigt sich nach den **Auswirkungen des Landesdiskriminierungsgesetzes des Landes Berlin auf die Polizei in BW**. Der Innenminister Thomas Strobl (CDU) antwortet darauf, dass das IM für BW keinen Bedarf für eine derartige Regelung in BW sieht und dass die bestehenden Instrumentarien wie das Disziplinar-, Straf- und Amtshaftungsrecht als ausreichend erachtet werden.

Konkret zur Fragestellung antwortet das IM: *„Sofern baden-württembergische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte etwa im Wege der Amtshilfe im Land Berlin eingesetzt werden, können im Falle von denkbaren Verstößen gegen das LADG aus Sicht des Innenministeriums keine Schadensersatz- oder Entschädigungsansprüche gegen das Land Baden-Württemberg oder gegen die in Berlin eingesetzten baden-württembergischen Polizeikräfte selbst geltend gemacht werden.“*

<u>Eigentumskriminalität in den Kreisen entlang der französischen Grenze und andere Auswirkungen der Grenzschließung zu Frankreich auf Baden-Württemberg</u>	16/8069	Datum: 05.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Umsetzung des Bundesinvestitionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“</u>	16/8081	Datum: 07.05.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Nachfrage zur Gesamtzahl der Abschiebungen und der Zielländer in der 15. und 16. Legislaturperiode sowie Nachfragen zu Drucksachen 16/7233 und 16/5728</u>	16/8083	Datum: 07.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Entwicklungen der Straftaten im Umfeld von Kirchen 2018 und 2019</u>	16/8085	Datum: 07.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Sicherheitssituation in Krankenhäusern</u>	16/7903	Datum: 11.05.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Zukunft der Polizeihochschule am Standort Wertheim</u>	16/7872	Datum: 13.05.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Waffenbesitz in Mannheim</u>	16/7883	Datum: 13.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>Neues System der Amokalarmierung für Schulen in Baden-Württemberg</u>	16/7882	Datum: 15.05.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Kein Waffenschein für Verfassungsfeinde</u>	16/7881	Datum: 18.05.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Polizeilicher Datenaustausch und polizeiliche E-Akte</u>	16/7932	Datum: 19.05.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Start- und Landegebühren der Polizeihubschrauberstaffel am Flughafen Stuttgart</u>	16/7884	Datum: 20.05.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Kapazitätserhöhung Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe</u>	16/7945	Datum: 20.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Mobiles Arbeiten und Digitalisierung in der Landes-, Justiz- und Kommunalverwaltung</u>	16/8148	Datum: 20.05.2020	Art: Große Anfrage	Urheber: CDU

<u>Voraussetzungen für den offenen Vollzug und eine Lockerung des Vollzugs</u>	16/8149	Datum: 20.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>Linksextremistischer Terror mitten in Stuttgart – bleibt der politische Aufschrei aus, weil es Regierungskritiker traf?</u>	16/8150	Datum: 20.05.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Illegale Autorennen in Baden-Württemberg</u>	16/8156	Datum: 20.05.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>IT-Kapazität für Home-Office in den Landesministerien und obersten Landesbehörden während der Corona-Krise</u>	16/7952	Datum: 26.05.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Umgang des Verfassungsschutzes mit der Partei „Die Linke“ in Baden-Württemberg</u>	16/7955	Datum: 26.05.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. April 2020 – Drucksache 16/7998 Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 des Polizeigesetzes (PolG) über polizeiliche Maßnahmen mit Bezug zur Telekommunikation sowie gemäß § 23 b Absatz 14 PolG über Maßnahmen präventiv-polizeilicher Telekommunikationsüberwachung im Berichtsjahr 2019</u>	16/8158	Datum: 28.05.2020	Art: Beschlussempfehlung	Urheber: Ausschüsse
<u>Auswirkungen des Landesantidiskriminierungsgesetzes des Landes Berlin auf den Polizeivollzug von Baden-Württemberg</u>	16/8190	Datum: 28.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: CDU
<u>Versuchtes Tötungsdelikt auf dem Cannstatter Wasen</u>	16/8192	Datum: 29.05.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Vorkommnisse am Rande einer Demonstration am 16. Mai 2020 auf dem Cannstatter Wasen</u>	16/8193	Datum: 29.05.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD